Rat und Verwaltung

Rat und Verwaltung: Hurra-Rufe auf den Nationalpark Wattenmeer sind verstummt

Beigetragen von S.Erdmann am 13. Dez 2018 - 12:49 Uhr

Fast einstimmig beschloss der Juister Gemeinderat auf seiner letzten öffentlichen Sitzung am Mittwochabend im Dorfgemeinschaftshaus, dass die Verwaltung den Auftrag bekam, sie möge prüfen, ob und gegebenenfalls welche Flächen aus dem Nationalpark herausgenommen werden können, um eine nachhaltige Entwicklung, im Einklang mit der Natur, der Insel Juist gewährleisten zu können. Den entsprechenden Antrag dazu hatte die CDU-Fraktion eingebracht.

Fraktionsvorsitzender Frank Endelmann begründete den Vorstoß der CDU damit, dass man die nachhaltige Entwicklung der Insel in Gefahr sehe: „Bei der Gründung hatten damals alle laut Hurra gerufen, doch jetzt ist es ein Knebel geworden.“ Insbesondere bauliche und sportliche Aktivitäten könne man teilweise gar nicht mehr weiter entwickeln. Auch auf den anderen Inseln würde der Nationalpark nicht mehr so positiv gesehen, weil er inzwischen zu viel Macht hätte.

Sein Fraktionskollege Hans-Ludwig de Vries fand ebenfalls klare Worte: „Bis hierhin und nicht weiter! Wir mache nicht mehr alles mit, was man uns vorsetzt.“ Ratsvorsitzender Björn Westermann (Pro Juist) berichtete vom insularen Bürgermeistertreffen auf Wangerooge, wo neben Juist besonders Borkum und Baltrum dem Nationalpark sehr kritisch gegenüberstanden. Wangerooge habe derzeit andere Sorgen und die restlichen Inseln seien in bestehenden Gremien vertreten, wo sie noch einen gewissen Einfluss hätten. Vor diesem Hintergrund begrüße er den Antrag der CDU.

Meint Habbinga (Pro Juist) regte an, dass die Inseln in dieser Frage zusammenarbeiten müssten. So wurde bereits beim Inselbürgermeistertreffen ein gemeinsames Gespräch mit der Nationalparkverwaltung und dem niedersächsischen Umweltminister ins Auge gefasst. Bürgermeister Dr. Tjark Goerges berichtete davon, dass sich auch die Gemeinde Wangerland gegen eine weitere Aufnahmen vom Flächen in den Nationalpark wehre. Die Juister Verwaltung habe bereits Kontakt mit einer Anwaltskanzlei aufgenommen, die sich auf diese Themen spezialisiert habe.

Der Bürgermeister enthielt sich der Stimme, die SPD-Vertreterin fehlte auf der Sitzung, die Ratsmitglieder der restlichen Parteien (CDU, Grüne) sowie die Wählergemeinschaft Pro Juist stimmten geschlossen für die Annahme des Antrages.

Der Bürgermeister berichtete noch vom Bürgermeistertreffen, dass dort vereinbart wurde, eine gemeinsame Stellungnahme der Inseln zu den Offshore-Windkraftanlagen zu erarbeiten, nachdem man nun Windmühlen mit einer Gesamthöhe von bis zu 300 Metern vor den Inseln errichten möchte. Auch das Umweltthema Schiffsstrandungen wurde dort angesprochen. Goerges bedauert, dass weiterhin nicht sichergestellt sei, dass so etwas wie mit der Strandung der „Glory Amsterdam“ vor Langeoog auch in Zukunft nicht wieder passieren kann.

Über die anderen Punkte der Ratssitzung, die größtenteils schon in den Ausschüssen intensiv beraten wurde, wird JNN noch berichten.

JNN-FOTO: STEFAN ERDMANN

Article pictures

Nationalpark
Zwischenzone
Betreten verboten